

In der Riehener Gemeindeverwaltung wurde neulich der Wettbewerb ‚Zündende Ideen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien‘ durchgeführt. Den vierten Preis, mit dreihundert Franken dotiert, holte sich der Liegenschaftsverwalter mit der Idee, dass die Gemeinde das ‚jobticket‘ - kostengünstiges U-Abo des TNW - allen ihren Mitarbeitenden anbieten sollte. Dem Gemeinderat wurde diese Idee von der Jury zur baldigen Umsetzung empfohlen.

Im Bereich kantonale Verwaltung herrscht in Sachen ‚jobticket‘ seit Jahren Funkstille. Der Regierungsrat äusserte sich seinerzeit ablehnend zur Einführung des ‚jobticket‘ für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung, obwohl er an der Initiierung der Idee via BVB / TNW selbst beteiligt war.

Dabei ist das ‚jobticket‘ gerade für grössere Betriebe ersonnen worden. Es soll nicht nur das ökologisch sinnvolle Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel für den Arbeitsweg fördern, sondern auch die Attraktivität eines Arbeitsplatzes (in casu im Stadtkanton) steigern.

Unter diesen Prämissen greift eine vorwiegend auf unmittelbare Kostenfolgen gerichtete Beurteilung des Nutzens des ‚jobticket‘ zu kurz. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass doch etliche private Firmen das ‚jobticket‘ anbieten.

Ich frage den Regierungsrat im Lichte der Riehener Entwicklung daher an, ob er seine Haltung zum ‚jobticket‘ zu überdenken bereit ist und ob auch der Kanton Basel-Stadt als fortschrittlicher Arbeitgeber seinen Mitarbeitenden künftig das ‚jobticket‘ anbieten will.

Ernst Jost